

Vorlage Nr. 88/2023		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 14

Anträge zum Stellenplan 2024/2025

A Problem

Es liegen die Anträge zum Stellenplan 2024/2025 vor.

Die Anträge wurden mit der stellvertretenden Sprecherin der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, den Einzelpersonalräten und dem Gesamtpersonalrat beraten. Die Empfehlungen der Verwaltung sind jeweils auf der Rückseite der Stellenplananträge vermerkt. Erläuterungen ergeben sich ggf. aus dem Vermerk vom 21.11.2023 oder der Gesamtübersicht.

B Lösung

Es wird vorgeschlagen, dass sich der Personal- und Organisationsausschuss inhaltlich mit den in der Gesamtübersicht (Anlage 3) farblich hinterlegten Anträgen befasst, da diese bisher nicht im Ausschuss und/oder Fachausschuss thematisiert wurden oder der Antrag in der Höhe über den vorherigen Beschluss des Ausschusses hinausgeht.

Hinsichtlich der nicht markierten Anträge wird empfohlen, dass sich der Personal- und Organisationsausschuss den Empfehlungen der Verwaltung anschließt. Zu den Anträgen D13, D15, D25, E17, G15, H23 und H24 gibt es einen Dissens zwischen der Verwaltung und dem Personalrat.

Im Falle der Genehmigung von Anträgen auf Neuschaffung von Stellen, Anerkennung von überplanmäßigen Bedarfen oder Verlagerung von Stellen (mit inhaltlichen Änderungen) erfolgt diese immer vorbehaltlich der Überprüfung der Stellenbewertung.

C Alternativen

Der Personal- und Organisationsausschuss tritt in die inhaltliche Einzelberatung sämtlicher Anträge ein.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Zu den finanziellen Auswirkungen siehe Einzelanträge. Die aktuellen Haushaltsplanungen sehen vor, dass für das vorliegende Antragspaket ein Haushaltsansatz in Höhe von 2 Mio € für 2025 eingeworben werden. Für 2024 wird aufgrund der zu erwartenden haushaltslosen Zeit kein Budget für neue Stellen eingeplant.

Eine etwaige Genderrelevanz ergibt sich ggf. aus den Einzelanträgen. Klimaschutzrelevante Auswirkungen liegen nicht vor. Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderung, besondere Belange des Sports sowie eine örtliche Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Anträge wurden mit der stellvertretenden Sprecherin der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, den Einzelpersonalräten und dem Gesamtpersonalrat beraten.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG wird vorgenommen.

G Beschlussvorschlag

Der Personal- und Organisationsausschuss schließt sich den Empfehlungen der Verwaltung zu den dieser Vorlage beigefügten Stellenplananträgen an und spricht sich für eine Berücksichtigung im Zuge der Haushaltsberatungen 2024/2025 aus. Zu den Anträgen D13, D15, D25, E17, G15, H23 und H24 ist eine Entscheidung des Personal- und Organisationsausschusses erforderlich. Im Falle der Genehmigung von Anträgen auf Neuschaffung von Stellen, Anerkennung von überplanmäßigen Bedarfen oder Verlagerung von Stellen (mit inhaltlichen Änderungen) erfolgt diese immer vorbehaltlich der Überprüfung der Stellenbewertung.

Melf Grantz
Oberbürgermeister

Anlage 1 Vermerk über die Beratung der Anträge mit der Mitbestimmung am 21.11.2023

Anlage 2 Gesamtübersicht

Anlage 3 Inhaltsübersicht

Anlage 4 Anträge A

Anlage 5 Anträge B

Anlage 6 Anträge C

Anlage 7 Anträge D

Anlage 8 Anträge E

Anlage 9 Anträge F

Anlage 10 Anträge G

Anlage 11 Anträge H

Anlage 12 Anträge J

Anlage 13 Anträge K

Anlage 14 Anträge L